GERD WALTER

Europäische Politische Union aus der Sicht des Europäischen Parlaments

Es ist ja nicht selbstverständlich, daß man das Thema „Europa" zum Mittelpunkt einer Veranstaltung macht, die im Rahmen einer Gesprächsreihe stattfindet, die über den regionalen Rahmen hinaus Bedeutung gefunden hat. Ich bin darüber sehr froh, weil die öffentliche politische Diskussion die Entwicklung in Europa weitgehend ignoriert hat. Das ist etwas, was mich in der gegenwärtigen Situation sehr beunruhigt, weil wir uns inmitten einer atemberaubenden politischen Entwicklung befinden, die eigentlich schnelle europäische Antworten erforderte.

Leider ist die Politik – wenn ich mal von den Machern im unmittelbaren Entscheidungszentrum von Regierung und Verwaltung absehe – auf diese Antworten nur sehr unzureichend vorbereitet. In wohl allen Staaten Europas sind die politischen Parteien, die Mehrzahl der Verbände, große Teile des politischen Entscheidungssystems, der Parlamente und Parteien immer noch fast ausschließlich auf den Handlungsrahmen des Nationalstaates fixiert. Viele stecken tief in einem politischen Provinzialismus, der ebenso gestrig wie gefährlich, ebenso reich an europäischen Gesten wie arm an europapolitischen Konzeptionen ist.

Dabei müßte gerade jetzt alles unternommen werden, damit Weichen gestellt werden für eine politische Integration Gesamteuropas. Für eine Entwicklung, die das Prinzip, das Anfang der 50er Jahre zu den ersten Entwicklungen hin zur europäischen Integration geführt hatte, neu aufnimmt und erneuert für diese neue politische Situation. Das Prinzip von *Jean Monnet*, Sicherheit und Ausgleich durch institutionalisierte Kooperation und durch Souveränitätsverzichte zu schaffen, muß auf Gesamteuropa ausgedehnt werden.

Ich will fünf Gründe dafür nennen, die nach meiner Auffassung diese Weichenstellungen erforderlich machen:

1. Der Aufbruch in Osteuropa birgt Risiken für alle Europäer, die nur durch gemeinsame europäische Politik mit dem Ziel eines europäischen Bundesstaates, d.h. umfassende gesamteuropäische Integration beherrscht werden können.

Die Chancen des Prozesses in Osteuropa sind ja jedermann klar: Zum ersten Mal die Chance für alle Europäer, Frieden, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Abrüstung zu realisieren.

Die Risiken aber werden noch weitestgehend verdrängt: Der europäische Frühling könnte sehr schnell unter Nationalismus und Separatismus, unter Hungerflüchtlingen und Umweltrevolten begraben werden müssen.

Das Gegenmittel Solidarität wird von denen, die Solidarität zeigen können, bisher kaum angewendet. Die westliche Hilfe ist, genau betrachtet, nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Offensichtlich ignorieren viele die einfache Wahrheit, daß West- und Osteuropa in der Zwischenzeit in einer Schicksalsgemeinschaft sitzen.

Die Risiken sind längst gesamteuropäisch. Aber auch die Chancen können nur gesamteuropäisch genutzt werden: Eine gesamteuropäische Integration mit dem Ziel eines europäischen Bundesstaates ist eine wesentliche Voraussetzung für eine stabile Neuordnung des Kontinents.

Der KSZE-Prozeß ist wichtig. Er kann aber diese Neuordnung Europas nicht ersetzen. Er schafft keine Garantie für Stabilität, weil er die Souveränität der Nationalstaaten letztlich nicht antastet und wichtige Voraussetzungen eines europäischen Friedens nicht schaffen kann: Weder eine gemeinsame Außenpolitik noch die ökonomische Integration, weder die ökologische Erneuerung noch eine Politik sozialer und regionaler Gerechtigkeit in Europa können so auf den Weg gebracht werden.

Dabei sind Sicherheit und Stabilität immer weniger die Frage des Militärs und immer mehr eine Frage überzeugender Lösungen für die sozialen Fragen, für den Umweltschutz, für die Volksgruppen und Minderheiten usw. usw.

Kein einziges dieser Probleme ist durch die Revolution in Osteuropa einer Lösung näher gebracht worden. Der Hinweis auf die Überlegenheit des „westlichen Systems" reicht da nicht aus.

Bisher konnte das westliche System seine Überlegenheit gegen den Kommunismus behaupten – das war einfach. Jetzt muß es seine Überlegenheit zeigen bei der Lösung der genannten Probleme – das ist viel schwerer. Es gibt jetzt nicht mehr das Gegeneinander eines kommunistischen und eines westlich-liberalen Systems, sondern das Gegeneinander eines saturierten und eines hungrigen Europa *(Stanley Hoffmann)* – eine völlig neue Probe auf die Glaubwürdigkeit des „Westens" steht damit bevor.

2. Wichtige gesellschaftliche Probleme können heute nicht mehr mit den Mitteln des Nationalstaates, sondern nur noch europäisch gelöst werden. Die Fähigkeiten zur politischen Gestaltung, die national verloren gegangen sind, müssen dringend europäisch zurückgewonnen werden.

Der autonome Nationalstaat hat de facto aufgehört zu existieren:

Im Zeitalter von Massenvernichtungswaffen kann der Frieden in Europa nur noch gemeinsam gesichert werden. Kein Staat allein darf mehr so souverän sein, daß er über Krieg und Frieden entscheiden kann.

Im Zeitalter grenzenloser Umweltverschmutzung muß auch Umweltschutz Grenzen überschreiten. Kein Staat war allein so souverän genug, die Wolke von Tschernobyl an den Grenzen aufzuhalten.

Im Zeitalter weltweiter wirtschaftlicher Verflechtungen haben heute internationale Unternehmen und globale Kapitalmärkte mehr Einfluß auf deutsche Arbeitsplätze als absolute Mehrheiten eines Deutschen Bundestages. Kein Staat allein ist bei gegebener weltweiter wirtschaftlicher Verflechtung heute mehr souverän genug, etwa seine eigenen sozialen Errungenschaften davor bewahren zu können, im Bermuda-Dreieck der

Weltwirtschaft zu verschwinden. Und kein Staat allein kann z.B. in der Steuerpolitik, in der Industrie- oder Forschungspolitik das Primat der Politik gegen eine weltweit verflochtene Wirtschaft durchsetzen.

Und schließlich: Im Zeitalter der dramatischen politischen und sozialen Entwicklung in Osteuropa, im Mittelmeerraum und in der Dritten Welt können Lösungen nur europäisch gefunden werden. Kein Staat allein könnte diese Aufgabe lösen.

Die Fähigkeit der Politik, dies zu erkennen, wird ganz entscheidend darüber mitbestimmen, ob wir die Fähigkeit zur politischen Gestaltung, die national verloren gegangen ist, tatsächlich zurückgewinnen. In der Europäischen Gemeinschaft sind politische Instrumente geschaffen worden, die es erlauben, auch dort politisch zu gestalten, wo nationale Maßnahmen allein nicht mehr greifen. Sie müssen ausgebaut und im Sinne von Integration jetzt insbesondere gesamteuropäisch genutzt werden.

3. Deutschland, die „neue Supermacht" Deutschland, muß als Motor einer europäischen bundesstaatlichen Entwicklung wirken. Das neue Europa wird entweder supranational organisiert oder ökonomisch und politisch von Deutschland dominiert sein.

Dabei geht es nicht um die dumme Formel vom „Vierten Reich", sondern es geht um eine sehr nüchterne Beschreibung dessen, was *Jacques Delors*, der Kommissionspräsident, die Gefahr eines schwachen Europa mit einem starken Deutschland genannt hat. Zweifellos gibt es bei unseren Nachbarn Befürchtungen über Deutschland, die man nicht einfach als Vorurteile abtun kann, sondern die man mit politischen Konzeptionen entkräften muß.

Von Staden hat kürzlich darauf hingewiesen, daß Gleichgewicht die Voraussetzung erfolgreicher Integration ist. Das Gleichgewicht, das in den 50er und 60er Jahren geschaffen worden ist, wird ohne Frage durch die deutsche Vereinigung gestört.

Es muß durch ein erweitertes Konzept der Integration Europas mit Souveränitätsverzichten der Mitgliedstaaten wieder hergestellt werden. So wie in den 50er Jahren durch Souveränitätsverzicht und Integration Voraussetzungen dafür geschaffen wurden, daß ehemalige Erbfeinde einen, wie ich glaube, immerwährenden Frieden erreichen konnten. Eine vergleichbare Aufgabe steht jetzt vor uns. Wenn wir sie nicht meistern, droht die Rückkehr zur alten Gleichgewichtspolitik – mit vielen Risiken für das gesamte Europa und für Deutschland.

Die Einbettung des neuen Deutschland in eine weitergehende Integration Europas hat nicht nur politische Gründe, sondern auch eine ökonomische Komponente: Das neue Haus Europa darf nicht der Deutschen Bank gehören, und seine Hausordnung darf nicht von der Deutschen Bundesbank geschrieben sein. Die Antwort darauf heißt in jedem Fall Integration: Politische Union und Wirtschafts- und Währungsunion, so wie sie erfreulicherweise ja vorgezeichnet ist und von der Bundesregierung auch in der Europäischen Gemeinschaft vertreten wird.

4. Wenn jetzt nicht die Weichen für eine bundesstaatliche Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft gestellt werden, dann wäre eine Erosion der Europäischen Gemeinschaft zu einer Freihandelszone unausweichlich.

Die Mitgliedschaft neuer Staaten in einer darauf unvorbereiteten Gemeinschaft würden den Charakter der EG fundamental verändern. Und niemand soll bitte so tun, als sei es im Belieben der EG, ob es neue Mitgliedstaaten gibt oder nicht. Ich erinnere daran, daß es in den Verträgen heißt, die anderen Völker Europas, die sich zu den gleichen hohen Zielen bekennen, sind aufgefordert, sich diesen Bestrebungen anzuschließen. Das ist zwar nicht dasselbe wie Art. 23 GG, aber in der politischen Wirkung ist es durchaus ähnlich. Ein beliebiges Nein zu Beitrittsanträgen anderer Staaten entspricht nicht der Verfassungslage der Gemeinschaft.

5. Europa kann sich in einer multipolaren Welt nur mit einer Stimme Gehör verschaffen. Als die Amerikaner ihre Aktion in Grenada machten, war die Kritik groß, die Europäer seien nicht gefragt worden. Aber wen hätten die Amerikaner in Europa eigentlich fragen sollen? So lange die Europäer nicht wenigstens eine Telefonnummer in außenpolitischen Fragen haben, so lange sollten sie sich nicht über fehlenden Einfluß in der Welt, sondern lieber über sich selbst beklagen.

Diese fünf Gründe sprechen für eine Grundsatzentscheidung über die Architektur Europas, über einen Bauplan, aus dem die einzelnen Schritte auf dem weiteren Wege zur gesamteuropäischen Zusammenarbeit ablesbar und ableitbar sind. Heute ist die Wahrheit leider so, daß wir hier ein bißchen die Entwicklung der Westeuropäischen Union (WEU) betreiben, dort die KSZE vorantreiben, hier über einen Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) mit den EFTA-Staaten verhandeln und dort Assoziationsabkommen mit Staaten Osteuropas produzieren – aber niemand wird Ihnen sagen können, in welchen Bauplan dies alles eigentlich eingefügt ist.

Für die Europäische Gemeinschaft sind die Alternativen sehr klar: Entweder begreifen sich die Mitgliedstaaten der EG als Kern einer größeren integrierten Politischen Union Europas – die Vereinigten Staaten von Europa – und sind dafür auch zum weiteren Souveränitätsverzicht bereit. Oder diese Europäische Gemeinschaft entfernt sich von europäischer Integration und wird nicht viel mehr als eine Freihandelszone. Zugespitzt formuliert: Die Alternative heißt Europa oder ein Wiederaufleben des alten Nationalismus mit all seinen negativen Begleiterscheinungen – mindestens im östlichen Teil Europas.

Die Politische Union gehört deshalb jetzt auf die Tagesordnung. Sie ist der einzige Weg, um die Chance der Europäer zur politischen Selbstbehauptung jetzt zu nutzen, um grenzüberschreitende Probleme auch wirksam grenzübergreifend anzupacken, um den fortschreitenden Verfall nationaler politischer Gestaltungsfähigkeit europäisch auszugleichen, um das neue Gesicht Deutschlands in einer erneuerten Form europäischer Integration auszubalancieren.

Jede Politik mit einem solchen Ziel muß bei der Europäischen Gemeinschaft anfangen. Nur sie verfügt heute in Europa über die Elemente politischer und ökonomischer Integration, die im Hinblick auf die Neuordnung Gesamteuropas weiterentwickelt werden müssen:

- Die Elemente einer gemeinsamen Außenpolitik, zu dem die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ), die Außenhandelspolitik, das Netzwerk der Handels- und Kooperationsverträge mit Drittländern und die EG-Entwicklungspolitik gehören.
- Das Konzept und das Instrumentarium des EG-Binnenmarktes, das von der Wirtschafts- und Währungsunion über eine integrierte Sozial- und Umweltpolitik bis hin zur gemeinsamen Forschungs- und Agrarpolitik reicht.
- Und ein entwickeltes Rechts- und Entscheidungssystem, das in wesentlichen Bereichen die Souveränität der beteiligten Nationalstaaten ersetzt.

Nur die Europäische Gemeinschaft hat einen solchen Instrumentenkasten. Er muß genutzt und für Gesamteuropa ausgebaut werden.

Das muß jetzt geschehen, weil die verbleibende Zeit bis 1992 genutzt werden muß, um die Gemeinschaft fit zu machen für die dann kommende Erweiterung der EG. Das Europäische Parlament hat Kernforderungen benannt, die jetzt in die Regierungskonferenzen zur Europäischen Union eingebracht werden müssen. Es handelt sich dabei nicht um die Beschreibung eines Fernziels, sondern um Forderungen, die die Weichen in Richtung auf eine gesamteuropäische politische Union im Sinne einer föderalen bundesstaatlichen Ordnung stellen. Es sind Schritte, die Schlüsselcharakter für die weitere Entwicklung haben. Ich stimme im wesentlichen mit dem überein, was Herr *Stavenhagen* für die Bundesregierung vorgetragen hat.

- Die Gemeinschaft braucht die Erweiterung des Mehrheitsprinzips bei bereits vorhandenen Kompetenzen, und sie braucht eine Erweiterung ihrer Kompetenzen. Das betrifft vor allem die Sozialpolitik und die Umweltpolitik – zwei Bereiche, in denen wegen der Einstimmigkeit die Fortschritte nicht so sind, wie sie sein müßten. Und es betrifft die Einbeziehung der Außen- und Sicherheitspolitik in die Europäische Gemeinschaft.

Dabei muß gleichzeitig das Prinzip der Subsidiarität so verankert werden, daß die Europäische Union kein europäischer Superstaat wird, in dem alles und jedes zentralisiert werden soll.

- Die Gemeinschaft muß effektiver und demokratischer werden. Dazu gehören z.B. die Stärkung der Kommission als Exekutivorgan, die Anpassung ihrer Amtszeit an die Wahlperiode des Parlaments, die Wahl des Kommissionspräsidenten und eine Vertrauensabstimmung im Parlament über die Kommission, wenn sie ihre Arbeit aufnimmt. Dazu gehört die Ausdehnung des Mehrheitsprinzips im Rat mit Ausnahme von Vertragsänderungen, von EG-Erweiterungen und von Kompetenzerweiterungen für die politische Union.

Und dazu gehört vor allem eine demokratische Reform des Entscheidungsverfahrens. Nationale Parlamente haben heute keinen entscheidenden Einfluß mehr auf die Gesetze der EG. Es geht deshalb nicht etwa darum, nationalen Parlamenten zusätzliche Entscheidungskompetenzen wegzunehmen und sie in das Europäische Parlament hineinzuverlagern; es geht vielmehr darum, dem Europäischen Parlament die Rechte zu geben, die die nationalen Parlamente längst verloren haben und weiter verlieren.

Deshalb brauchen wir anstelle des bisherigen Konsultations- und Kooperationsverfahrens der Einheitlichen Akte ein Kodezisionsverfahren, in dem Rat und

Parlament gleichberechtigt nebeneinander an der Gesetzgebung mitwirken. Konfliktfälle könnten etwa mit Hilfe eines Vermittlungsverfahrens nach deutschem Vorbild aufgelöst werden.

Schließlich gehören zur Demokratisierung ein modifiziertes Initiativrecht in der Gesetzgebung für das Europäische Parlament und ein Regionalausschuß mit beratendem Charakter. Der Wunsch der deutschen Bundesländer, ein Gremium für die Regionen zu bekommen, das wirklich an der Gesetzgebung im Sinne verbindlicher Entscheidungen mitwirkt, ist allerdings mindestens so lange illusionär, als es in den anderen Mitgliedstaaten unseren Ländern vergleichbare Gebietskörperschaften nicht gibt.

– Die Gemeinschaft braucht die Wirtschafts- und Währungsunion, die in diesem Seminar an anderer Stelle behandelt wird.

Darüber hinaus bedarf es zweier Grundsatzentscheidungen. Erstens: Die Gemeinschaft muß sich als Kern eines über die heutige EG hinausreichenden europäischen Bundesstaates begreifen, der wirtschaftlich eng verflochten, föderativ, handlungsfähig und demokratisch ist.

Zweitens: Die Gemeinschaft muß ihre dreifache riesige entwicklungspolitische Aufgabe im Mittelmeerraum, in Osteuropa und in der sogenannten „Dritten Welt" anerkennen. Oder wollen wir z. B. den Wanderungsbewegungen von Ost- nach Westeuropa etwa dadurch begegnen, daß man starke Polizeiaufgebote an die Grenzen stellt? Diese Aufgabe erfordert außerhalb des EG-Haushaltes eine finanzielle Kraftanstrengung, die 1 bis 2 Prozent des Bruttosozialproduktes der Europäischen Gemeinschaft wird erreichen müssen.

Ich will noch einen Blick tun in die Architektur des künftigen Hauses Europa.

Das europäische Haus muß auf zwei Säulen ruhen:

Im Rahmen der KSZE wird ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem geschaffen, in dem die USA und die UdSSR eine dauerhafte Rolle spielen; ein Sicherheitssystem, in dem die bestehenden Militärorganisationen neu definiert werden. Einer der Vorschläge dazu ist vom Chef des SIPRI-Instituts in Stockholm, *Walther Stützle*, gemacht worden, der die Umwandlung der NATO in eine „E-NATO" empfohlen hat; zu einer NATO also, in der alle Staaten Europas und natürlich auch die transatlantischen Partner Mitglied sein könnten.

Die zweite Säule ist die Europäische Gemeinschaft als Kern eines größeren Europa. Sie wird bis 1992 reformiert werden; und sie wird sich nach 1992 um beitrittswillige Staaten erweitern. Sie wird verknüpft mit einer Reihe von Staaten in Nord-, Mittel- und Osteuropa, die nicht oder noch nicht Mitglied werden wollen. Instrumente dafür sind der Europäische Wirtschaftsraum – der Binnenmarkt EG/EFTA also –, Assoziierungs-, Handels- und Kooperationsverträge mit den Staaten Osteuropas einschließlich der Option auf einen Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft und ein Netzwerk gesamteuropäischer Zusammenarbeit im Rahmen von Programmen, wie wir sie heute in der Europäischen Gemeinschaft bereits finden: Forschung, Entwicklung, Energie, Umwelt, Rüstungskonversion.

Die Sowjetunion ist in dieses Netzwerk eingebunden, ohne – und das gilt auch für eine Entwicklung hin zu einer möglichen Konföderation – Mitglied einer europäischen politischen Union sein zu können.

Zu dieser EG könnte ein EG-Sicherheitsrat mit der Möglichkeit einer assoziierten Mitarbeit für Nicht-EG-Staaten gehören, in dem sicherheits- und militärpolitische Fragen der Europäer einschließlich der Fragen von Rüstungsproduktion und Waffenexport-Politik behandelt werden.

Zum Schluß noch einige Befürchtungen, meine Damen und Herren. Ich fürchte die Neigung vieler in Deutschland zur politischen Nabelschau, nach dem Motto: Wir haben jetzt genügend eigene Probleme in Deutschland, laßt uns mit Europa in Ruhe.

Ich denke, dem muß man entgegenwirken. Europa hat Deutschland geholfen, wieder Deutschland zu werden. Jetzt müssen die Deutschen vor allen anderen Europa helfen, Europa zu werden.

Wer Gewicht hat, hat auch Verantwortung und muß sie wahrnehmen. Dazu gehört, die deutsche Interessenslage klar in die Europäische Gemeinschaft einzubringen. Es ist völlig falsch, „leisetreterisch" unsere Interessen hintanzustellen, um nicht antideutsche Ressentiments auszulösen. Ein Deutschland, das nicht sagt, was es will, irritiert unsere Nachbarn sehr viel mehr.

Im übrigen ist die deutsche Vereinigung eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die Deutschen zu wirklichen Europäern werden können. Diese Vereinigung bedeutet ja auch – sehr salopp gesagt – das Ende jeder Art von verspätetem „Versailles-Syndrom". Ich teile überhaupt nicht die Auffassung, daß nationale Gefühle und europäisches Engagement einander ausschlössen. Nein, die Chance, als Deutsche(r) Identität zu finden, „normal" empfundene nationale Gefühle sind eine wesentliche Voraussetzung dafür, um mit Herz und Verstand für Europa zu sein.

Ich fürchte außerdem, daß unser Entscheidungssystem in Deutschland nicht darauf vorbereitet ist, europäische Willensbildung zu betreiben.

Die Prioritäten der Arbeit der Parteien werden oben in den Parteien und unten in den Parteien praktisch ausschließlich national und deshalb falsch gesetzt. Europa findet in den meisten Kampagnen der Parteien nicht statt. Bundestagswahlkämpfe werden bestritten, als gehe es um das Schicksal der Nation; Europawahlkämpfe macht man, als sei es das Hobby einiger Europa-Abgeordneter. Übrigens, auch die Zuschüsse aus der öffentlichen Finanzierung von Europawahlen werden ja nur zu einem Teil in eine wirksame europäische Arbeit der Parteien investiert, sondern in allen Parteien auch zur Sanierung der Parteikassen verwendet.

Die personelle Ausstattung der internationalen Abteilungen der Parteien und Fraktionen ist ein Witz: In der SPD-Zentrale in Bonn werden zwei Referenten für Kirchenfragen beschäftigt – einer für die katholische Kirche und einer für die evangelische –, aber nur einer für die Fragen der Europäischen Gemeinschaft.

Auf der Tagesordnung von Parteigremien stehen nationale Fragen ganz oben; europapolitische Fragen aber werden meist unter „Verschiedenes" abgehandelt.

Wie soll man sich im Ministerrat verhalten, wie soll man eigentlich im Europaparlament die Weichen stellen, wie macht man das Gesetz über chemische Stoffe, wie macht

man die Binnenmarkt-Gesetzgebung – im statistischen Durchschnitt jede Woche ein Binnenmarkt-Gesetz – für Versicherungen, für freien Kapitalverkehr, für Unternehmensrecht, für Verbraucherschutz usw. – die politische Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland findet dazu praktisch nicht statt.

Das bedeutet faktisch, daß ein großer Teil der atemberaubenden rechtlichen und politischen Weichenstellungen, die jetzt in der EG geschehen, an unseren Parteien und Parlamenten vorbei vollzogen werden.

Ich fürchte schließlich, daß die Mehrheit der EG-Mitgliedstaaten die Zeichen der Zeit nicht erkannt hat. Aus unterschiedlichen Gründen gibt es bei einer Reihe von Staaten Widerstände gegen eine weitere Kompetenzerweiterung der EG und/oder gegen eine Demokratisierung ihrer Entscheidungen.

Diesem Widerstand liegt häufig ein groteskes Mißverständnis von nationaler Souveränität zugrunde: Da gibt es einige, die gegen mehr Recht des Europäischen Parlaments sind, weil sie dann weniger Einfluß für sich selbst befürchten – so als hätten sie im nationalen Maßstab wirklich Einfluß auf internationale europäische Fragen.

Andere sind für eine schnelle Erweiterung der EG und verfolgen damit in Wahrheit eine Entwicklung der EG in Richtung auf eine Freihandelszone und damit eine Schwächung der Gemeinschaft.

Wieder andere sind skeptisch gegenüber einer Erweiterung der EG, weil sie darin einen Verlust ihres Einflusses sehen.

In Großbritannien und Frankreich, wo die Skepsis gegenüber dem neuen Deutschland besonders groß ist, müßte eigentlich das Interesse an einem neuen Gleichgewicht durch mehr Integration besonders groß sein. Kurioserweise ist teilweise das Gegenteil der Fall: Sozusagen aus „Angst vor Deutschland" droht das versäumt zu werden, was Deutschland für jedermann berechenbar macht, nämlich konsequente Integration. Anders formuliert: Die zögerliche Haltung einer Reihe von Mitgliedstaaten zur weiteren Integration Europas begünstigt eine Rolle Deutschlands, die weder für Deutschland noch für Europa gut ist.

Ich habe also Befürchtungen, aber ich bin trotzdem optimistisch, meine Damen und Herren. Ich habe ein Europäisches Parlament erlebt, auf das vor zehn Jahren keiner einen Pfifferling gegeben hat, und das heute die spannendste parlamentarische Veranstaltung in Europa geworden ist. Ich habe die Eurosklerose erlebt und den Aufstieg der EG im Zeichen des Magneten Binnenmarkt. Ich habe deutsche Minister beiderlei Parteizugehörigkeit erlebt, die noch vor wenigen Jahren Straßburg und Brüssel nicht auf der Rechnung hatten, und heute nicht genug Termine mit EG-Kommissaren kriegen können.

Vieles hat sich also verändert in den letzten zehn Jahren. Warum sollte sich also das Konzept der europäischen Integration nicht gegen die ohne Frage vorhandenen Widerstände durchsetzen? Warum sollten wir nicht in einer Zeit, in der es weltpolitisch und historisch geboten ist, den Mut zu einem Durchbruch haben – so wie in den 50er Jahren andere vor uns den Mut dazu hatten?!